

LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
206 · Ausgabe CH · Mai 2023
AZB 3001 Bern · Post CH AG



DIENST
NIEM
GERÄU
DIE WELT
STEH
STILL
WENN
WIR ES
WOLLEN



Wir ergreifen Partei für Gleichstellung

JA ZUM KLIMASCHUTZ-GESETZ!

Diese Abstimmung müssen wir am 18. Juni gewinnen, doch die Gegner verunsichern mit Fake-News. Unsere wichtigsten Argumente auf Seite 7.

ERDBEEREN IM WINTER

Wie marokkanische Landarbeiterinnen auf den Feldern Andalusiens ausgenutzt werden – und was der Solifonds dagegen macht. Seite 13

Liebe Leserin, lieber Leser,
alle dazwischen und darüber hinaus



Der Juni wird heiss und wichtig: Wir mobilisieren für den feministischen Streik am 14. Juni und stimmen über zukunftsweisende Vorlagen ab. Die Abstimmung zum Klimaschutz-Gesetz müssen wir gewinnen!

Doch der Sieg ist leider alles andere als sicher. Die SVP geht mit Fake-News auf Stimmenfang und deckt die ganze Schweiz mit ihrer Propaganda ein. Angeblich würden mit dem Klimaschutz-Gesetz Benzinautos verboten und funktionierende Gas- und Ölheizungen müssten ersetzt werden.

Man fragt sich: Können die Kampagnen-Verantwortlichen bei der SVP lesen? Denn das steht mit keinem Wort in der Vorlage. Doch die SVP hat ein dickes Portemonnaie. Und die Verbreitung von Lügen hat System. Die Partei versuchte gemäss der NZZ sogar Unwahrheiten ins Abstimmungsbüchlein zu schummeln. Die Bundeskanzlei konnte dies nur knapp verhindern.

Darum ist es doppelt wichtig, dass wir dagegenhalten und immer wieder die Fakten richtigstellen: Das Klimaschutz-Gesetz ermöglicht den subventionierten Ersatz von alten Öl- und Gasheizungen. Unternehmen erhalten für innovative Klimaschutz-Massnahmen finanzielle Unterstützung. Das Gesetz überzeugt, weil es dort ansetzt, wo besonders viele Emissionen anfallen: Bei Industrie und Gebäuden. Mehr dazu liest du auf Seite 7.

Bist du nicht sicher, ob du am feministischen Streik dabei sein kannst? Unsere Nationalrätinnen Min Li Marti und Tamara Funicello sagen ab Seite 4 klipp und klar, weshalb wir für gute Löhne und Renten, für eine gerechte Verteilung von Care-Arbeit sowie für Selbstbestimmung und Sicherheit für alle streiken. Lass dich überzeugen: Der 14. Juni geht uns alle an!

Solidarische Grüsse, eure
Pia Wildberger

INHALT

- 4 **Wir ergreifen Partei für Gleichstellung**
- 6 **Raus zum feministischen Streik am 14. Juni!**
- 7 **Nein zur OECD-Vorlage**
Warum die Bevölkerung leer ausgeht
- 8 **Mehr Versorgungssicherheit, mehr Klimaschutz**
Warum wir die Abstimmung zum Klimaschutz-Gesetz unbedingt gewinnen müssen
- 9–12 **Berichte aus den Kantonen**
- 13 **Tagesverdienst 55 Euro 18 Cents**
40 Jahre solifonds: Das Hilfswerk unterstützt die Gewerkschaft der Landarbeiterinnen in Spanien
- 14 **Wozu eigentlich Gewerkschaften?**
Rückblick: Was Gewerkschaften für die Lohnabhängigen konkret erreicht haben
- 15 **«Politische Teilhabe ist die Grundlage»**
Warum es die Behindertensession braucht
- 16 **Kochen fürs Klima: Gemüse spielt die Hauptrolle**
Klimafreundlicher Frühlingsalat mit Grillade
- 17 **Buchtipp: Das Ende des Kapitalismus**
- 18 **5 Fragen an Neumitglied Denise Meyer, Pflegefachfrau**
- 19 **Anlässe der SP Schweiz, von Movendo und von der Anny-Klawa-Morf-Stiftung**

Prämienwahnsinn stoppen!

+ 142 %

Krankenkassenprämien

+ 15 %

Löhne

1997 2000 2005 2010 2015 2021

JA Prämien-
Entlastungs-
Initiative

Sommersession: Es braucht jetzt eine wirksame Entlastung für die Menschen in diesem Land!

Wir haben ein Kaufkraftproblem: Renten und Löhne stagnieren, während Mieten und Krankenkassenprämien explodieren. Weil Krankenkassenprämien sogenannte Pro-Kopf-Prämien sind, zahlt ein Bankmanager genau gleich viel wie eine Pflegefachfrau. Im Gegenzug wurde bei der Einführung der obligatorischen Krankenversicherung versprochen, dass die Prämien höchstens acht Prozent des Einkommens ausmachen sollten. Ab dieser Schwelle würde die öffentliche Hand über die

Prämien-Verbilligung die zusätzlichen Kosten übernehmen. Davon sind wir heute weit entfernt! Eine vierköpfige Familie zahlt locker 1000 Franken pro Monat. Warum ist das so? Bund und Kantone stehlen sich immer mehr aus der Verantwortung: Neun Kantone geben weniger Geld aus für die Prämien-Verbilligung als vor zehn Jahren, obwohl die Kosten gestiegen sind und mehr Menschen in unserem Land leben! In der Sommersession debattiert das Parlament über unsere Prämien-Entlastungs-

Initiative. Die zuständige ständerätliche Kommission hat im zweiten Anlauf endlich eingesehen, dass es Handlungsbedarf gibt. Deshalb hat sie einem Gegenvorschlag zu unserer Initiative zugestimmt. Nur ist dieser Vorschlag völlig ungenügend. Er würde nicht einmal ausreichen, um den drohenden Prämienanstieg fürs nächste Jahr abzufedern. Es braucht jetzt endlich eine wirksame Entlastung, wie dies unsere Prämien-Entlastungs-Initiative fordert.

Mattea Meyer

Grosserfolg: Boni-Verbot für systemrelevante Banken

Die SP fordert seit Jahren strengere Leitplanken für die Grossbanken in unserem Land. Nur so lässt sich das Risiko für die Steuerzahlenden verringern. Nun hat der Nationalrat endlich drei SP-Forderungen zugestimmt: dem Boni-Verbot für systemrelevante Banken, der Erhöhung der Eigenkapitalquote und wirksamen Sanktionsmöglichkeiten für die Finanzmarktaufsicht FINMA. Dies ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, denn wir müssen uns endlich aus der Geiselschaft der Grossbanken befreien. Risikoreiches Verhalten darf nicht durch grosszügige Boni-Zahlungen belohnt werden. Jetzt muss der Ständerat nachziehen!

Der Entscheid ist auch eine Genugtuung für die breite Bevölkerung. Denn wer in der Schweiz als Unternehmer:in Misswirtschaft betreibt, den Konkurs verschleppt oder

die Bücher nicht richtig führt, bekommt es mit der Justiz zu tun. Es drohen langwierige Verfahren und happige Strafen. Das gilt bekanntlich nicht für Banken. Sie werden vom Staat gerettet und Verantwortliche gibt es unter den «Klugscheissern von der Bahnhofstrasse», wie Ständerat Roberto Zanetti sie nannte, ganz offenbar nicht. Doch wie konnte es überhaupt so weit kommen? Erst 2008 stürzte die Grossbank Lehman Brothers die Finanzwelt ins Chaos, die UBS musste beim Bund anknöpfen und das Parlament verschärfte die Gesetze. Die Hintergründe von Bankenkrisen erklärt Professor Marc Chesney vom Institut für Banking und Finance der Universität Zürich unseren Mitgliedern in einem spannenden Webinar.



Hier kannst du dich dafür anmelden:
→ sp-ps.ch/webinar-credit-suisse.

Auf zum Parteitag am 26. August

Am Parteitag in Biel starten wir mit Bundespräsident Alain Berset und Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider in die heisse Phase des Wahlkampfs. Die beiden Magistraten sprechen über die aktuellen Themen in Bundesbern und zeigen, warum wir jetzt gemeinsam Partei für eine soziale Schweiz ergreifen müssen. Unser Co-Präsidium der SP Schweiz, Mattea Meyer und Cédric Wermuth, wird zu den Wahlkampfthemen sprechen – für Kaufkraft, für Klimaschutz und Versorgungssicherheit sowie für mehr Gleichstellung! Daneben behandeln wir statutarische Geschäfte und fassen Parolen zu aktuellen politischen Vorlagen.



Kommt darum am 26. August 2023 zahlreich nach Biel!
Hier geht's zur Anmeldung:
→ sp-ps.ch/parteitag-biel



Für mehr Gleichstellung am Frauenstreik 2022 in Bern.

Wir ergreifen Partei für Gleichstellung

In Sachen Gleichstellung hat es in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten einige Fortschritte gegeben. Aber die Geschichte zeigt: Es drohen immer auch Rückschritte. Für die SP ist klar: Gleichstellung ist noch nicht erreicht.



Min Li Marti,
Nationalrätin ZH

«Studentinnen wollen lieber einen reichen Mann als Karriere», titelte unlängst die SonntagsZeitung, und die NZZ doppelte nach mit: «Lohn-gleichheit: Neue Zahlen sollen die Kontroverse klären». Die Beispiele zeigen, wie mithilfe von angeblich brisanten Studien und Statistiken versucht wird, Gleichstellungspolitik als unnötig darzustellen.

Beim ersten Fall handelt es sich um eine noch unveröffentlichte

Studie der beiden Professorinnen Margrit Osterloh und Katja Rost, die verschiedenen Thesen zur Frage nachgingen, warum es so wenig Professorinnen gibt, obwohl heute sehr viele Frauen studieren. Die Studie hat festgestellt, dass die Mehrheit der Studentinnen nach der Familiengründung Teilzeit arbeiten will.

Im zweiten Fall geht es um eine Studie zur Lohngleichheit aus dem



Kanton Zürich sowie um neuere Zahlen des Bundesamts für Statistik. Diese besagen, dass der Zivilstand einen entscheidenden Einfluss auf die Lohnentwicklung hat. Vereinfacht gesagt, gehen die Löhne für verheiratete Männer rauf, und bei verheirateten Frauen sacken sie ab.

Beide Fälle bieten den rechten Parteien sowie gewissen Medien eine Steilvorlage für die Behauptung, dass Gleichstellungsmassnahmen vollkommen unnötig seien und keine Diskriminierung vorliege.

Doch der Elefant im Raum ist offensichtlich: Nicht der Zivilstand ist entscheidend, sondern die Familiengründung – bereits erfolgt oder auch erst geplant. Wie man auf die Idee kommen kann, es liege keine Diskriminierung vor, wenn Frauen wegen

Mutterschaft beruflich und beim Lohn Abstriche machen müssen, ist mir schleierhaft.

Vereinbarkeit ist zentral für Gleichstellung

Tatsächlich gab es bei der Lohngleichheit und der Vereinbarkeit gewisse Fortschritte (die wir sicher nicht den Rechten zu verdanken haben), aber von einer tatsächlichen Gleichstellung sind wir weit entfernt, solange die Elternschaft die Situation vor allem der Mütter verändert.

Die schlechteren Löhne haben bekanntlich Folgen: Sie führen dazu, dass viele Frauen deutlich tiefere Renten haben. Ein Drittel der Frauen verfügt sogar nur über die AHV. Nur eine deutlich verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie kann hier Abhilfe schaffen.

Darum hat die SP die Kita-Initiative lanciert, die die Verfügbarkeit zahlbarer Betreuungsplätze verbessern will. Ausserdem soll die öffentliche Hand in Qualität und Verbesserung der Arbeitsbedingungen investieren. Diese Initiative wäre ein zentraler Schritt in Richtung mehr Gleichstellung. Das reicht jedoch nicht aus – weitere Stichworte sind fortschrittliche Arbeitsbedingungen, Arbeitszeitverkürzung, Individualbesteuerung und Elternzeit.

Gegen Gewalt, Diskriminierung und Sexismus

Echte Gleichstellung umfasst auch den entschiedenen Kampf gegen Gewalt, Sexismus und Diskriminierung. Mit der Revision des Sexualstrafrechts konnte unter Führung der SP Frauen ein wichtiger Erfolg verbucht werden. So sind Zwang und Gewalt künftig keine Voraussetzungen mehr dafür, dass eine Vergewaltigung als solche anerkannt wird. Eine Ablehnung (auch eine nonverbale Schockstarre) wird als ausreichend betrachtet. Zudem ist die Vergewaltigungsdefinition neu endlich geschlechtsneutral abgefasst. Auch ermöglicht die Revision des Sexualstrafrechts die Einführung von Täter:innenarbeit. Was noch fehlt: der Ausbau und eine nachhaltige Finanzierung von Schutzräumen und Opferberatungsstellen.

Mehr Freiheiten und mehr Rechte für alle

Das Ziel unserer Gleichstellungspolitik ist, allen Menschen mehr Rechte und Freiheiten zu geben. Wir wollen eine Gesellschaft, die auch jene Lebensmodelle und sexuellen Identitäten respektiert, die nicht der herkömmlichen Norm entsprechen. Mit der «Ehe für alle» und der unbürokratischen Änderung des Geschlechtseintrags wurden hier wichtige Fortschritte erzielt.

In der letzten Zeit mehren sich aber Angriffe und Hass auf queere Menschen und trans Personen. Das ist für uns absolut inakzeptabel und muss entschieden bekämpft werden.

Fehlende Gleichstellung betrifft uns alle, wir ergreifen daher gemeinsam Partei für eine Zukunft, in der Gleichstellung für alle auch wirklich Tatsache wird.



Tamara Funciello, Nationalrätin BE, Co-Präsidentin SP Frauen

Auf zum feministischen Streik!

- 2/3 der Mütter sind finanziell von ihrem Partner abhängig.
- 1 Woman of Color sass bislang im Parlament.
- 2 Initiativen gegen das Recht auf Schwangerschaftsabbruch wurden von der SVP lanciert.
- 10 Bundesrätinnen gab es seit der Gründung des Bundesstaats im Jahr 1848.
- 25 Tage liegen im Durchschnitt zwischen zwei Femiziden.
- 37 % beträgt der Gender-Gap bei der Rente.
- 43,2 % beträgt der Gender Overall Earnings Gap – bei der gleichen Zahl Arbeitsstunden!
- 68 % der Frauen verdienen weniger nach der Geburt des ersten Kindes.
- 25 000 Kitaplätze fehlen in der Schweiz.
- 350 000 Frauen leben in Armut.
- 430 000 Frauen wurden in ihrem Leben vergewaltigt.
- 800 000 Frauen wurden in ihrem Leben sexuell missbraucht.
- 108 Milliarden Franken beträgt der Einkommensunterschied zwischen Männern und Frauen.
- 242 Milliarden Franken pro Jahr beträgt der Wert der unbezahlten Care-Arbeit, die Frauen leisten.
- o ist die Geduld, die wir noch übrig haben.

Darum: Heraus zum feministischen Streik!

Lasst uns Normen über Bord werfen und die Geschichte feministisch schreiben.

Lasst uns anziehen, was wir wollen, hingehen, wo wir wollen, küssen, wen wir wollen.

Lasst uns daran erinnern, wer wirklich systemrelevant ist.

Lasst uns das Land violett einfärben.

Lasst uns so viele Gendersterne malen, bis sie das Gefühl haben, im Himmel zu sein.

Lasst uns einstehen für Löhne, die zum Leben reichen, für Renten, die ein Alter in Würde erlauben, für Arbeitszeiten, die Zeit zum Leben lassen. Lasst sie nicht Banken retten, während Frauen verarmen.

Lasst jene aufhorchen, die meinen, genug vom Feminismus zu haben.

Lassen wir alle träumen, die glauben, dass sie allein kämpfen.

Lasst uns einmal mehr dieses Land zum Beben bringen. Denn wir sind gekommen, um zu bleiben. Und wir fordern dabei nicht nur die Hälfte des Kuchens. Wir fordern die ganze Bäckerei.

NEIN ZUR OECD-STEUERVORLAGE

Die Bevölkerung geht leer aus

Die OECD hat endlich eine Mindeststeuer für Konzerne beschlossen. Die Umsetzungsvorlage der Schweiz will die Mehreinnahmen aber wieder an Konzerne und Reiche zurückverteilen. Mit einem Nein wird eine neue, gerechtere Lösung möglich. David Roth

Weltweit haben sich die Steuersätze für Konzerne seit 1980 im Durchschnitt mehr als halbiert. Grosskonzerne können dort ihre Steuern bezahlen, wo die Steuersätze am tiefsten sind – und nicht dort, wo sie produzieren. Staaten werden erpresst, Steuerdumping ist die Folge. Davon profitieren Konzerne und Reiche, während die Kaufkraft der breiten Bevölkerung unter Druck kommt.

Die Steuerreform der OECD ist deshalb zu begrüßen. Damit tritt die Staatengemeinschaft dem Steuerdumping entgegen. Doch die vom Parlament beschlossene Umsetzungsvorlage für die Schweiz ist inakzeptabel. Die SP hat im Parlament eine gerechte Verteilung zwischen Bund und Kantonen gefordert. Die Mehreinnahmen sollen den Menschen zugute kommen: für Kitas, für den Klimaschutz, für die Verbilligung der Krankenkassenprämien. All dies hat die rechte Mehrheit abgelehnt.

Von der Vorlage profitieren vor allem Steuerdumping-Kantone, in denen Grosskonzerne ihren Hauptsitz haben – so zum Beispiel der Kanton Zug. Dieser hat denn auch bereits angekündigt, die zusätzlichen Gelder für Steuersenkungen für die Reichsten zu verwenden. Weitere Steuermillionen sind für

die Standortförderung vorgesehen. Der Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen wird angeheizt.

Berechnungen zeigen zudem, dass die Mehreinnahmen bloss zu einem Bruchteil in den Nationalen Finanzausgleich fliessen. Anders als die Befürworter:innen behaupten, verbleibt der weitaus grösste Teil bei den Kantonen mit den meisten Grosskonzernen.

Jetzt sind endlich die Menschen dran Jahrzehntlang hat die Bevölkerung die Steuervermeidung der globalen Konzerne mitfinanziert. Jetzt sind endlich die Menschen dran, nicht länger die Konzerne und Grossaktionäre.

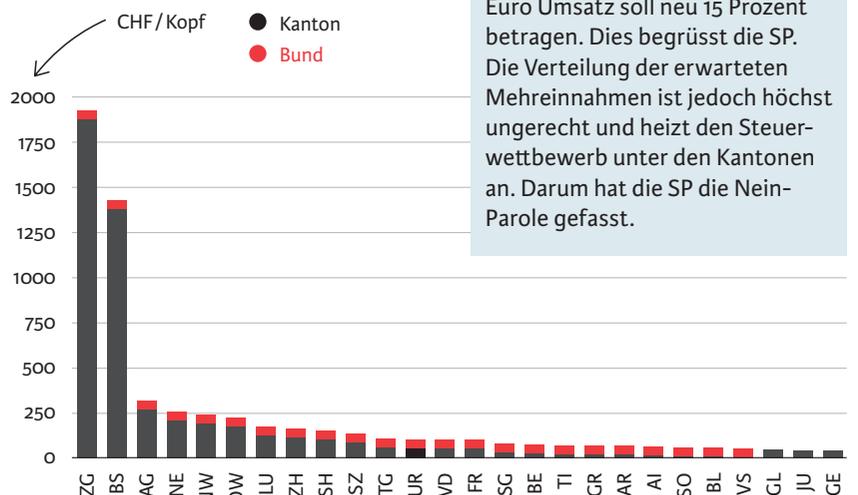
Nur mit einem Nein gibt es eine bessere Umsetzung

Bei einem Nein kann das Parlament sofort eine bessere Vorlage beschliessen, von der die gesamte Bevölkerung profitiert und nicht nur die Reichsten in einigen wenigen Kantonen. Bevölkerung und Bund würden deutlich mehr Geld erhalten.

IN ALLER KÜRZE

Die Mindeststeuer für grosse Konzerne mit über 750 Millionen Euro Umsatz soll neu 15 Prozent betragen. Dies begrüsst die SP. Die Verteilung der erwarteten Mehreinnahmen ist jedoch höchst ungerecht und heizt den Steuerwettbewerb unter den Kantonen an. Darum hat die SP die Nein-Parole gefasst.

Erwartete Mehreinnahmen



Quelle: «OECD-Mindeststeuer», BSS-Studie, Juli 2022

Mehr Versorgungssicherheit, mehr Klimaschutz

Mit dem Klimaschutz-Gesetz setzen wir dort an, wo es dem Klima etwas bringt: bei den Heizungen und bei der Industrie. Mit dem Ersatz von Öl- und Gasheizungen und der Förderung klimafreundlicher Technologien kommen wir einen Schritt weiter in Richtung Netto null. Darum: Ja zum Klimaschutz-Gesetz!

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine zeigt dringender denn je, dass wir uns lösen müssen aus der Abhängigkeit von Öl- und Gasimporten. Die aktuelle Situation ist nicht nur ökologisch bedenklich, sondern

macht uns auch erpressbar. Denn Öl, Gas und Uran stammen nicht aus der Schweiz, sondern leider oft von fragwürdigen Regimes oder gar aus kriegführenden Ländern. 8 Milliarden Franken pro Jahr überweist die Schweiz durchschnittlich ins Ausland für Öl, Gas und Uran. 2022 waren es gar 13 Milliarden Franken.



Nadine Masshardt
Nationalrätin BE, Präsidentin
der Schweizerischen Energie-
Stiftung (SES)

auch den Klimaschutz (siehe Kasten links). Der Ersatz von Öl- und Gasheizungen wird subventioniert und neue Techniken gefördert. Das Gesetz verzichtet auf Verbote. Und es kommt auch nicht zu höheren Kosten für die Bevölkerung.

Stärken wir also die Energiewende und machen wir die Schweiz energiepolitisch unabhängiger: Stimmen wir am 18. Juni JA zum Klimaschutz! Das ist nicht nur energiepolitisch, sondern auch wirtschaftspolitisch richtig. Und darüber hinaus ist es ein deutliches Zeichen an Diktatoren, Machthaber und Kriegstreiber.

DARUM GEHT ES

Öl- und Gasheizungen sowie die Industrie sind für je einen Viertel der CO₂-Emissionen verantwortlich. Hier setzt das Gesetz an:

- Der Ersatz von Öl- und Gasheizungen wird während zehn Jahren mit jährlich 200 Millionen Franken (bzw. 10000 Franken pro Heizung) subventioniert.
- Finanzielle Unterstützung von Unternehmen für innovative Klimaschutz-Massnahmen – während sechs Jahren jährlich 200 Millionen Franken.
- Netto null bis 2050 wird ins Gesetz geschrieben.
- Rasche Umsetzung: Das Gesetz kann ab 2024 in Kraft treten.

Mit diesem Gesetz setzen wir dort an, wo es etwas bringt! Darum Ja zum Klimaschutz-Gesetz!

→ klimaschutzgesetz.ch

Stärken wir die Energie-Unabhängigkeit

Mit dem Klimaschutz-Gesetz können wir die Energie-Unabhängigkeit der Schweiz stärken. Wie eine Studie der Schweizerischen Energie-Stiftung (SES) vom April dieses Jahres belegt, liegt unser Land mit einer Energieunabhängigkeitsquote von 29,7 Prozent im Jahr 2021 im europäischen Vergleich im hinteren Mittelfeld. «Die Energiewende weg von fossilen und nuklearen Energieträgern hin zu einer klimafreundlichen Energieversorgung wird die Energie-Unabhängigkeit der Schweiz in Zukunft zusätzlich stärken», so die SES.

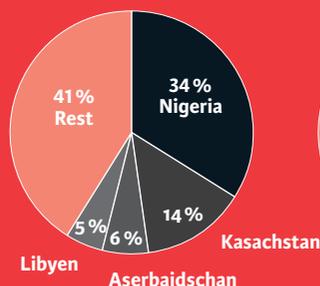
Energiewende finanziell unterstützen

Das Klimaschutz-Gesetz mit verbindlichen Emissionsreduktionszielen (Netto null 2050) sowie Massnahmen zur Dekarbonisierung der Gebäude und Industrie stärkt sowohl die Energieunabhängigkeit als

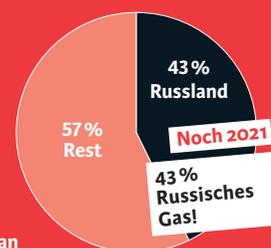
MEHR ERNEUERBARE HEIZUNGEN HEISST MEHR ENERGIESICHERHEIT!

Heute laufen zwei Drittel der Heizungen in der Schweiz mit Erdöl oder Gas. Diese fossilen Energieträger stammen oft aus Diktaturen und Bürgerkriegsländern. Damit wir von diesen Importen unabhängig werden und die Energiesicherheit fördern können, müssen wir unbedingt die alten Öl- und Gasheizungen ersetzen.

Woher stammt das Öl in der Schweiz?



Woher stammt das Gas in der Schweiz?



Quelle: Eidgenössische Zollverwaltung, Swissgas

Ja zum Covid-Gesetz



Sarah Wyss
Nationalrätin BS

Ein Komitee, getragen von «Mass-Voll» und den «Freunden der Verfassung», hat das Referendum gegen das Covid-19-Gesetz eingereicht. Das Schweizer Stimmvolk stimmt darum am 18. Juni zum dritten Mal über das Covid-Gesetz ab. Die beiden ersten Male haben sich die Stimmentenden sehr deutlich für das Gesetz ausgesprochen.

Worum geht es?

Die Vorlage betrifft die (erneute) Verlängerung des Covid-Gesetzes, die im Dezember 2022 vom Parlament beschlossen wurde. Mit der Rückkehr zur normalen Lage per 1. April 2022 haben die Kantone wieder die Hauptverantwortung bei der Bewältigung der Epidemie übernommen. Um dem Bund jedoch weiterhin einzelne, bewährte Instrumente zum Schutz der öffentlichen Gesundheit zur Verfügung zu stellen, hat das Parlament einzelne Artikel des Covid-Gesetzes verlängert.

Dies betrifft konkret:

■ Testkosten

Seit Januar 2023 übernehmen die Krankenkassen die Kosten im Krankheitsfall; Kosten für Tests, die für Reisen nötig sind, tragen die Betroffenen selbst. Diese Regelung soll weiterhin gelten.

■ Covid-19-Zertifikat und Swiss-Covid-App

Das Parlament soll bei Bedarf weiterhin auf das Covid-19-Zertifikat für Geimpfte, Genesene und negativ Getestete zurückgreifen können. Das wäre zum Beispiel dann wichtig, wenn andere Länder für Reisen wieder ein solches verlangen. Das Gleiche gilt für die aktuell deaktivierte Swiss-Covid-App.

Diese Bestimmungen hat das Parlament bis Juni 2024 verlängert. Aus Sicht der SP Schweiz ist die Verlängerung dieser Bestimmungen aus dem Covid-Gesetz sinnvoll. Die SP hat daher die Ja-Parole beschlossen.

PENSIONS-KASSEN-REFERENDUM

Mehr bezahlen, tiefere Renten?

Die Pensionskassenreform hält nicht, was bürgerliche Politiker:innen im Vorfeld der Abstimmung zur Erhöhung des Frauenrentenalters versprochen haben. Statt Frauen und Menschen mit tiefen Einkommen besserzustellen, drohen höhere Beiträge und tiefere Renten. Darum haben SP und Gewerkschaften das Referendum ergriffen.



Flavia Wasserfallen
Nationalrätin BE

Wir haben in der zweiten Säule drei Probleme: Erstens befinden sich die Renten trotz steigender Beiträge seit Jahren im Sinkflug. Eine Anpassung an die Teuerung gibt es nicht. Zweitens hat jede dritte Frau überhaupt keine Pensionskasse. Die PK-Renten der Frauen sind halb so hoch wie diejenigen der Männer. Drittens ist die zweite Säule ineffizient. Im Klartext: Versicherungen und Banken verdienen mit dem Geld der versicherten Milliarden, Tendenz steigend. Dieses Geld fehlt bei den Renten.

Werden diese Probleme mit der vorliegenden Reform gelöst? Weit gefehlt!

Vollmundig versprochen die bürgerlichen Parteien letzten Herbst vor der Abstimmung zur Erhöhung des Frauenrentenalters in der AHV: Die Frauen sollten dann bei der Reform der zweiten Säule bessergestellt werden. Doch die Realität sieht anders aus!

Viel Geld, wenig Wirkung

Statt dass ihre Lage sofort und nachhaltig verbessert würde, stehen Menschen mit tiefen Einkommen nach dieser Reform mit weniger Lohn und Kaufkraft da. Die Beiträge in die zweite Säule sollen massiv erhöht werden, und dies für die gleiche oder gar eine schlechtere Rente. Auch die deutlich tieferen Frauenrenten werden nicht erhöht. So kommen mit der Pensionskassen-Reform genau wieder jene Menschen zu kurz, die schon bei der AHV21 die Rechnung bezahlen müssen und die unter den steigenden Kranken-

kassenprämien sowie der Teuerung leiden. Die Pensionskassen-Reform sollte eigentlich drei Ziele erfüllen: die Renten garantieren, die Finanzierung sichern und die Rentensituation von Frauen und Menschen mit tiefen Einkommen verbessern. Doch die Pensionskassen-Vorlage ist eine misslungene Vorlage, die über 2,1 Mrd. Franken jährlich kostet, aber die gesetzten Ziele nicht erfüllt: Die Beiträge werden erhöht und ein Teil der Bevölkerung erhält trotzdem tiefere Renten.

Damit belasten wir erneut die Generation ab 50, die sich mit sinkenden Renten konfrontiert sieht. Damit lassen wir die Mütter fallen, die unbezahlte Betreuungsarbeit geleistet haben. Damit verschlechtern wir die Situation des Pflegefachmanns oder der Kassierin, die mehr bezahlen müssen für sehr wenig Rente. Damit strafen wir Menschen, die das ganze Leben arbeiten und dann im Alter nicht genügend zum Leben haben.

So nicht! Wir ergreifen Partei für sichere Renten! Unterschreibe jetzt hier:

→ sp-ps.ch/pensionskassen-referendum



Jetzt Referendum unterschreiben!

IN ALLER KÜRZE

SP, Gewerkschaften und weitere Organisationen haben das Referendum gegen die missratene Pensionskassen-Reform ergriffen. Wir brauchen eine richtige Reform für die zweite Säule! Eine Reform, die die Renten für alle sichert, fair finanziert ist und die Situation von Frauen und von Menschen mit tiefen Einkommen verbessert.



Mehr bezahlen, weniger Rente!



Ylfete gewählt – wir sind zurück in der Regierung

Nach acht Jahren ist die SP wieder mit von der Partie. Ylfete Fanaj (40) hat den Sprung in die Luzerner Regierung geschafft, mit 45 053 Stimmen deutlich vor Claudia Huser von der GLP mit 39 674. Sebastian Dissler, Parteisekretär

Die Freude bei Ylfete Fanaj war gross: «Ich freue mich riesig über meine Wahl in den Regierungsrat. Ich möchte mich ganz herzlich bei allen bedanken, die mich auf diesem Weg begleitet und unterstützt haben. Ich werde alles tun, um die hohen Erwartungen zu erfüllen.»

Am Wahlsonntag haben wir in Luzern im Raed-Wulf-Pub gefeiert. Über 100 Personen haben dort und im Regierungsgebäude zusammen angestossen. Unser Präsident David Roth sagte in seiner Ansprache: «Unser Dank heute gehört allen, welche in den vergangenen acht Jahren und speziell in den letzten Wochen einen gewaltigen Einsatz geleistet haben, um diese Regierung wieder so vielfältig zu machen, wie dieser Kanton es ist. Die Linke ist zurück – stärker denn je.» Und weiter: «Unserer Kandidatin Ylfete Fanaj gebührt ein grosses Lob. Sie hat in einem harten Wahlkampf einen enormen Einsatz

geleistet und ihre politischen Qualitäten unter Beweis gestellt. Sie wird eine Regierungsrätin für alle Luzernerinnen und Luzerner.»

«Ich möchte mich ganz herzlich bei allen bedanken, die mich auf diesem Weg begleitet und unterstützt haben. Ich werde alles tun, um die hohen Erwartungen zu erfüllen.»

Das gute Resultat von Ylfete Fanaj auf dem Land zeigt, dass die SP nun definitiv in den ländlichen Gebieten des Kantons angekommen ist. Die jahrelange Aufbauarbeit der SP Kanton Luzern und die Gründung mehrerer Sektionen haben sich gelohnt.

Mit zwei von fünf Sitzen sind auch die Frauen wieder im Regierungsrat repräsentiert und der Kanton Luzern ist in dieser Hinsicht endlich im 21. Jahrhundert angekommen. Auch positiv ist, dass die Stadt Luzern wieder in der Regierung vertreten ist, nachdem sie dies seit dem Rücktritt von Ueli Fässler 2003 während 20 Jahren nicht mehr war. Dies wird dazu beitragen, Brücken zwischen den verschiedenen Teilen des Kantons zu bauen.

Mit der Wahl von Ylfete geht für die SP ein langer Prozess erfolgreich zu Ende. Für uns ist aber ebenso klar, dass sie weiterhin als konstruktiv-kritische Begleiterin der Regierungsarbeit auftreten wird – wie es im politischen System der Schweiz auch für Regierungsparteien vorgesehen ist.



Für faire und bezahlbares Wohnen

Die Mieten im Kanton Bern steigen ungebremst. Darum haben wir im März die Initiative für transparente Vormieten ergriffen. Warum das wichtig ist und wie es die Mieten dämpft, erklärt Edith Siegenthaler, unsere Grossrätin und Präsidentin des kantonalen Mieterinnen- und Mieterverbands.

Mieter:innen sind unter Druck. Die Nebenkosten steigen wegen der hohen Energiekosten, die Spekulation und die Teuerung treiben die Mieten weiter nach oben. Der Schweizerische Mieterverband hat in einer Studie gezeigt, dass wir schweizweit jährlich 10 Milliarden Franken mehr Miete bezahlen, als das Gesetz, das den Renditen im Wohnungsmarkt klare Grenzen setzt, es erlauben würde. Das macht pro Haushalt rund 370 Franken im Monat, die Vermieter:innen zu viel verlangen. Im Kanton Bern sind die Mieten in den letzten 20 Jahren um rund 30 Prozent gestiegen. Auffällig ist, dass die Mieten vor allem dann steigen, wenn es einen Mieterwechsel gibt. Wohnungen, die schon lange an die gleiche Person vermietet werden, haben in der Regel tiefere Mieten. Wenn

es zu einem Wechsel kommt, erhöhen die Vermieter:innen aber oft die Mieten.

Unerlaubte Mieterhöhungen

Die Miete darf aber nicht einfach so erhöht werden. Zum Beispiel reicht es nicht, eine Wohnung nur in Stand zu setzen, sondern es muss eine Wertsteigerung geschehen, damit das Mietrecht eine Erhöhung erlaubt. Wenn eine Miete stärker angehoben wird als erlaubt, kann die neue Mieterin oder der neue Mieter sie innerhalb von 30 Tagen bei der Schlichtungsstelle anfechten.

Im Kanton Bern merken aber die meisten neuen Mieter:innen gar nicht oder zu spät, wie stark die Miete angehoben wurde. Die Vermieter:innen müssen die neuen Mieter:innen nämlich nicht darüber infor-

mieren, wie hoch die Miete bisher war. Wenn die neuen Mieter:innen doch noch herausfinden, dass ihre Vorgänger:innen viel weniger bezahlt haben, ist es oft schon zu spät, um sich zu wehren.

Transparenz für faire und bezahlbare Mieten

Das will die Initiative ändern. Sie verlangt, dass neue Mieter:innen in ihrem Mietvertrag informiert werden, wie viel ihre Vorgänger:innen für die Wohnung bezahlt haben. Das macht es möglich, die Vormiete fristgerecht anzufechten. Vermieter:innen können so nicht mehr im Geheimen Profitmaximierung betreiben. Das beugt willkürlichen Mieterhöhungen vor und hat eine preisdämpfende Wirkung.

Bereits neun Kantone haben transparente Vormieten eingeführt und gute Erfahrungen damit gemacht. Das Instrument ist einfach umzusetzen und wirkt präventiv gegen zu hohe Mieten.

Breite Allianz für die Mietenden

Zusammen mit der SP und weiteren Parteien und Organisationen hat der Mieterinnen- und Mieterverband des Kantons Bern am 16. März die Initiative lanciert. Jetzt geht es darum, möglichst schnell die Unterschriften zu sammeln, damit wir im Kanton Bern bald ein Instrument gegen die steigenden Mieten in der Hand haben.



Von links nach rechts: Fabienne Notter, Caritas AG-SO, Nadine Vögeli, Hardy Jäggi, Franziska Roth, Ständeratskandidatin.

23 Franken – keinen Rappen weniger

Die Mindestlohn-Initiative ist lanciert! Der Bericht vom Parteitag im April in Grenchen.

Würden denn nicht Firmen abwandern, wenn wir einen Mindestlohn einführen? Das fragte ein Delegierter bei der Lancierung der Mindestlohn-Initiative Richtung Podium. Nein, lautete die Antwort von Franziska Roth, unserer Ständeratskandidatin: Diesen Mythos verbreiten bürgerliche Politiker in der einen oder anderen Form seit Jahren. Firmen sind auf ihre Mitarbeitenden angewiesen. Zufriedene Arbeitnehmer, die genug verdienen und sich weiter qualifizieren können, sind ein Standortvorteil! Und gerade Jobs im Tieflohnbereich sind schlicht ortsgebunden.

Co-Präsident Hardy Jäggi widmete sich in seiner Eröffnungsrede der Boni-Unkultur in der Privatwirtschaft und warnte davor, diese Unsitte auch auf die öffentlichen Staatsbetriebe übergreifen zu lassen.

«Die Millionenbeträge, die sich unfähige Banker und Verwalter von Staatsbetrieben in die Tasche schieben, sind eine Ohrfeige für alle, die 100 Prozent arbeiten und trotzdem nicht oder kaum über die Runden kommen. Wir dürfen diesen Boni-Wahnsinn bei den Banken nicht unterstützen, und wir wollen solche Boni nicht bei Staatsbetrieben.»

Anschliessend moderierte Parteisekretär Fabian Müller ein spannendes Podiumsgespräch mit den Gästen Fabienne Notter, Geschäftsleiterin Caritas Aargau-Solothurn, und unserer Ständeratskandidatin Franziska Roth. Gewerkschaftsbund-Präsident Markus Baumann musste sich leider wegen eines familiären Notfalls entschuldigen.

2× Nein zu den unanständigen Zwillings-Initiativen

Aus SP-Sicht war die wichtigste Vorlage natürlich das Klimaschutzgesetz. Zu lange haben wir in der Schweiz gezögert, haben verbohrt Politiker nur verhindert und Nein gesagt. Jetzt muss es vorwärts gehen. Entsprechend deutlich fassten die Delegierten die Ja-Parole zum Klimaschutz-Gesetz. Zur OECD-Reform gab es entgegen der Meinung der SP Schweiz ein sehr knappes Ja – so knapp, dass es den Stichtscheid des Präsidiums brauchte. Bei den kantonalen Vorlagen erklärte Regierungsrätin Susanne Schaffner diejenige zum Gesundheitsgesetz und hatte keine Mühe, die Delegierten zu überzeugen. Die Kantonsrät:innen Karin Kälin und Simon Bürki nahmen Stellung zu den aus unserer

Sicht unanständigen, überholten Zwillings-Initiativen. Auch zu dieser demokratiepolitisch fragwürdigen Ego-Show sagten die SP-Delegierten 2× klar Nein.

WIESO BIN ICH IN DER SP? SOLLTE DER MINDESTLOHN NICHT HÖHER SEIN?

Du hast die Parteitagsrede von Co-Präsident Hardy Jäggi verpasst? Oder du möchtest das spannende Podiumsgespräch mit Fabienne Notter und Franziska Roth nachschauen, wo sie sich den Fragen der Mitglieder zum Mindestlohn stellen? Versuchsweise haben wir die Rede und das Podium gefilmt. Du kannst es jetzt auf unserem YouTube-Kanal nachschauen. <https://www.youtube.com/spsolothurn>



DER INITIATIVTEXT wurde von einer kleinen Arbeitsgruppe mit Vertretern der Gewerkschaften und einer Arbeitsrechtlerin entworfen. Kantonale Gesetzesinitiative (nach Art. 29 der Kantonsverfassung) – Allgemeine Anregung **«MINDESTLOHN-INITIATIVE»**. Es ist ein Gesetz für einen geregelten, kantonalen Mindestlohn zu erarbeiten, das folgende Anforderungen erfüllt:

- 1 Das Gesetz bezweckt die Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Insbesondere schützt es sie vor Armut trotz Erwerbstätigkeit. Zu diesem Zweck legt das Gesetz einen Mindestlohn fest.
- 2 Der Mindestlohn beträgt 23 Franken brutto pro Arbeitsstunde. Ferien- und Feiertagsentschädigungen sind nicht einberechnet.
- 3 Die Ausnahmen sind festzulegen.
- 4 Der Mindestlohn wird jährlich gemäss der Lohn- und Preisentwicklung (Mischindex) angepasst, sofern sich diese positiv entwickelt. Massgebend ist der Augustindex des Vorjahres. Die Anpassung erfolgt jeweils auf den 1. Januar. Basisindex ist der Dezemberindex 2022.

ANHÖRUNG FINANZSPRITZE FÜR
DAS KANTONSPITAL AARAU KSA

Warum wird die Grundversorgung unterfinanziert, Herr Gallati?



Das KSA schreibt seine Aktien ab. Sie sind nichts mehr wert, weil man von einer Krise zur nächsten stolperte. Bei der jetzt vorgeschlagenen Finanzspritze des Kantons von 240 Millionen für das KSA handelt es sich um eine Bilanzsanierung – langfristig braucht es aber eine Betriebssanierung. Die Regierung verfolgt seit vielen Jahren die Strategie, bei der Grundversorgung zu knausern. Dies führt zu einer Unterfinanzierung der Grundversorgung. Dieser Begriff meint alle notwendigen Behandlungen, wenn meine Mutter eine Lungenentzündung hat oder wenn mein Kind die Treppe hinunterfällt. Durch die garantierte Grundversorgung wird die Würde in einer verletzlichen Situation gewahrt. Man könnte meinen, diese Würde sei uns viel wert, schliesslich hat dafür die Wirtschaft während der Pandemie drei Jahre darben müssen. Ärgerlich, dass sie plötzlich in Frage gestellt wird, weil sie offenbar zu wenig Rendite abwirft; töricht der Vorschlag der Bürgerlichen, alles auszulagern. In diesem Markt hat nur jemand das Sagen: das Schicksal, das den Menschen zufällig eine Krankheit aufbürdet. Die Aufgabe des Gesundheitssystems ist es, in dieser Situation für die Menschen da zu sein. Die Kosten werden zu 80 Prozent einkommensunabhängig getragen. Würden sie einkommensabhängig berechnet, wäre die finanzielle Belastung zumutbar. Die Abgeltung der Grundversorgung und eine sozialere Finanzierung sind die relevanten Stell-schrauben, die gedreht werden müssen. Grundversorgung darf nicht unterfinanziert bleiben! Die SP Aargau befürwortet die Finanzspritze mit einem klaren Ja. Wir verstehen das «Ja» zu den 240 Millionen Franken als «Ja» zu einem guten Service public.

Die Ärztin Lucia Engeli von Unterentfelden ist SP-Gemeinde- und Grossrätin, Mitglied der Geschäftsleitung der SP Aargau und Präsidentin des Fachausschusses Gesundheit und Soziales. Sie kandidiert im Oktober 2023 für den Nationalrat.

Arthur Schmid (1928 – 2023) zum Gedenken

«Visse e mori socialista»

Ignazio Silone



Urs Hofmann, Aarau,
war Einwohnerrat, Stadtrat,
Grossrat, Nationalrat und
Regierungsrat.

Arthur Schmid wurde 1928 als Sohn von Frieda und Arthur Schmid-Herzig geboren. Sein gleichnamiger Vater war Redaktor der sozialdemokratischen Tageszeitung «Freier Aargauer»; er sass zur Zeit der Geburt seines Sohnes bereits seit acht Jahren im Nationalrat. Elf Jahre später brach der Zweite Weltkrieg aus. Die Sozialdemokratie rang um ihre Position in der bürgerlichen Schweiz. Der Generalstreik und die Russische Revolution lagen noch nicht lange zurück und waren für viele Genossinnen und Genossen prägende Erinnerungen. In diesem hochpolitischen Umfeld wuchs Arthur in Oberentfelden auf.

Es ist nicht immer einfach, in die Fussstapfen eines starken Vaters zu treten. Arthur Schmid ist dieser Schritt gelungen. 1959 wurde er als Nachfolger seines Vaters in den Nationalrat gewählt, dem er 20 Jahre lang angehörte. Von 1965–1993 leitete er als Regierungsrat das ED, wie das Erziehungsdepartement damals genannt wurde. Und von 1969–1974 stand Arthur Schmid in Jahren des Umbruchs an der Spitze der SP Schweiz. 1973 war er zusammen mit Andreas Gerwig offizieller Bundesratskandidat der SP. Gewählt wurde der Solothurner Willi Ritschard.

Arthur Schmid hat in einer bewegten Zeit Politik gemacht und in einem schwierigen Umfeld vieles erreicht. Zunächst erlebte er Jahre des Aufbruchs, der Hoffnung, der Gestaltungsmöglichkeiten: Die Neugestaltung der Lehrerbildung, eine grundlegende Veränderung in der Mittelschullandschaft Aargau, das Aargauer Kuratorium – eine Schweizer Pioniertat für eine unabhängige staatliche Kulturförderung. Die Hochschule für Bildung – ein wahrer Leuchtturm für den Kultur- und Bildungskanton Aargau wäre sie geworden. Doch sie wurde von der bürgerlichen Mehrheit des Grossen Rats kurz vor dem Ziel gestoppt. Ein Entscheid, der den



Wechsel vom Aargau des Fortschritts zum Aargau der Konservativen symbolisierte und Arthur Schmid zum Ausspruch bewog, es seien Jahre zur «Verhinderung von Schlimmerem» gekommen.

Arthur Schmid hat wie wenige die Entwicklung des Aargaus in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts mitgeprägt. Er war mit seiner Gradlinigkeit, seiner Schaffenskraft und seiner menschlichen Wärme für viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in unserem Kanton ein Vorbild. 1993 zog er sich aus der aktiven Politik zurück, blieb jedoch noch während Jahren in verschiedenen Institutionen aktiv, so als Präsident von Pro Senectute Aargau sowie bis 2008 der Fondazione Marguerite Arp-Hagenbach im Tessin, die das kulturelle Erbe von Hans Arp und Sophie Taeuber-Arp betreut. Lange Reisen waren in den Jahren seines Ruhestandes Arthurs grosse Leidenschaft. Oft weilte er auch zusammen mit seiner 2012 verstorbenen Frau Margrit in seinem Ferienhaus in Gordola bei Locarno.

Als seine Kräfte nachliessen, verliess Arthur vor fünf Jahren schweren Herzens sein Elternhaus, in dem er seit seiner Geburt gelebt hatte, und wechselte hinüber ins Altersheim Zopf. Dort verbrachte er seine letzten Jahre. Die Zufriedenheit und Bescheidenheit, die er ausstrahlte, beeindruckten nicht nur alle, die ihn betreuten, sondern auch seine vielen Freundinnen und Freunde, die ihn immer wieder gerne besuchten. Arthur Schmid ist am 1. Mai gestorben.



55 Euro 18 Cents

Bereit für den 1. Mai: Soumia El Garrab (links) vertritt die marokkanischen Landarbeiterinnen in Spanien. Sie strebt eine engere Zusammenarbeit mit Zaina Issayh an, der marokkanischen Gewerkschafterin (rechts).

In einem ausbeuterischen System, das an das frühere Saisonierstatut in der Schweiz erinnert, werden marokkanische Tagelöhnerinnen auf den Erdbeerfeldern Andalusiens beschäftigt. Die Gewerkschafterin und ehemalige Landarbeiterin Soumia El Garrab berichtete am 1. Mai auf Einladung des Solifonds darüber, was es bedeutet, für ganz Europa Erdbeeren zu pflücken – und was sich gegen die skandalösen Arbeitsbedingungen tun lässt.

Soumia, wie kommen Frauen aus Marokko als Erdbeerpflückerinnen nach Spanien?

Soumia El Garrab: Die staatliche marokkanische Arbeitsagentur vermittelt die Landarbeiterinnen an die spanischen Unternehmen. Voraussetzung ist, dass die Frauen verheiratet oder verwitwet sind und minderjährige Kinder haben. Der Hintergedanke ist: Dann kehren die Frauen nach Ablauf des Vertrags nach Marokko zurück und bleiben nicht illegal in Spanien. Gerne engagieren die Arbeitgeber auch Landarbeiterinnen mit tiefer Schulbildung: Diese vertrauen sich weniger, auf ihre Rechte zu pochen.

Wie lange bleiben die Frauen in Spanien?

Die meisten Verträge laufen ab Februar über drei bis sechs Monate, auf Antrag des Arbeitgebers auch mal über neun Monate. Dann ist jedoch Schluss und die Frau wird nach Marokko zurückgeschickt. Manche tauchen unter.

Wie werden die Frauen bezahlt?

Die Arbeit ist sehr hart. Ich habe vierzehn Jahre lang als Pflückerin gearbeitet, bevor ich Gewerkschafterin wurde. Wir pflücken nicht nur Erdbeeren, sondern auch Tomaten, Himbeeren, Orangen oder Blaubeeren. Man muss schnell arbeiten, sonst verliert man nach wenigen Tagen die Arbeit. Bereits im März ist es unter den Plastikplanen 30 Grad heiss. Der Mindestlohn beträgt gemäss GAV Euro 55.18 brutto pro Tag, doch die meisten Arbeitgeber zahlen einen tieferen Lohn aus. Die Pflückerinnen müssen jeden Tag eine Stunde gratis arbeiten. So bezahlen die Arbeitgeber ihren Anteil an den Sozialabgaben. Auch Überstunden werden meistens nur zur Hälfte vergütet. Meine Gewerkschaft «SOC-SAT» kämpft dafür, dass die Pflückerinnen wenigstens den vollen Mindestlohn ausbezahlt bekommen.

SOLIFONDS

40 Jahre Solifonds

Vor 40 Jahren gründeten die SP Schweiz, der Schweizerische Gewerkschaftsbund, das Schweizerische Arbeiterhilfswerk (heute Solidar Suisse) und 13 developmentpolitische Organisationen den Solifonds. Die erste Solidaritätsaktion führte die noch junge Organisation am 1. Mai 1983 zur Unterstützung von Gewerkschaften in Südafrika während der Apartheid durch.

Seither hat der Solifonds viele soziale Kämpfe, Aktionen und Kampagnen in zahlreichen Ländern des Südens unterstützt. Möglich war dies dank den Beiträgen vieler Spender:innen und Organisationen, darunter auch der SP. Zur Fortführung seiner Arbeit ist der Solifonds weiterhin dringend auf Spenden – ob gross oder klein – angewiesen.

Die Plakat- und Postkarten-Aktion zum Jubiläum unterstützte die SP Schweiz mit einem ausserordentlichen Beitrag von 25 000 Franken.

Mehr erfahren und spenden: solifonds.ch

Fortsetzung von Seite 13 ►

Wie wohnen die Arbeiterinnen?

Der Arbeitgeber ist verpflichtet, eine Unterkunft zur Verfügung zu stellen. Die Frauen teilen sich die Zimmer, häufig stehen drei Betten übereinander. Nicht immer ist das Dach dicht, und auch fließendes Wasser gibt es nicht überall. Es kommt vor, dass nicht einmal ein Schrank vorhanden ist und die Frauen ihre Kleider monatelang im Koffer unter dem Bett verstauen müssen. Meistens verlangt der Arbeitgeber für das «Logis» 50 Euro im Monat, obwohl die Unterkunft gemäss Vertrag gratis sein müsste (Soumia zückt ihr Handy und zeigt Bilder einer heruntergekommenen Baracke).

Was kann deine Gewerkschaft ausrichten?

Ich berate die Frauen und helfe bei Alltagsdingen. Beispielsweise begleite ich die Frauen zum Arzt. Auch versuche ich, spanische Arbeitskontrolleure aufzubieten. Die lokalen Kontrolleure aus Huelva sind korrupt. Seit kurzem kommen die Kontrolleure jedoch aus Madrid. Das kann zu besseren Arbeitsbedingungen führen, besonders wenn Kontrollen unangemeldet durchgeführt werden. Damit das überhaupt möglich ist, muss ich jedoch das Vertrauen der Frauen gewinnen. Das ist sehr schwierig. Doch ohne Kenntnis der Missstände kann ich nichts tun. Es ist hilfreich, dass wir dank dem Solifonds über ein Gewerkschaftslokal verfügen. Hier können wir in Ruhe Gespräche führen.

Wovor haben die Frauen Angst?

Früher war die Arbeitsbewilligung an den Arbeitgeber geknüpft. Es war nicht möglich, den Arbeitgeber zu wechseln. Wer sich wehrte, verlor seinen Job und wurde auf eine schwarze Liste gesetzt. Die Arbeitsvermittlung sperrte die Person während fünf Jahren. Heute kann man den Arbeitgeber in Spanien zwar wechseln, doch wenn die Frauen aufmucken, bekommen sie im Folgejahr keinen Vertrag mehr. Die Frauen haben darum grosse Angst. Information ist unglaublich wichtig.

Welches sind die nächsten Schritte?

Wir wollen uns mit der marokkanischen Gewerkschaft der Landarbeiter:innen besser vernetzen, damit wir die Frauen bereits in Marokko über ihre Rechte informieren können. Das stärkt das Vertrauen. Die Pflückerinnen arbeiten ja meistens bereits in Marokko als Tagelöhnerinnen. Auch wollen wir bei der marokkanischen Stellenvermittlung wegen der skandalösen Arbeits- und Lebensbedingungen intervenieren und unseren Draht zu den spanischen Behörden und den Informationsfluss stärken. Dank dem Solifonds können wir unsere Arbeit verstärken und so den Landarbeiterinnen direkt helfen.

Wozu eigentlich Gewerkschaften?

Seit jeher streiten Gewerkschaften und die SP gemeinsam für mehr soziale Gerechtigkeit und Gleichberechtigung. Doch was haben die Gewerkschaften für die Lohnabhängigen in der Schweiz konkret erreicht?



Urban Hodel, Co-Leiter Kommunikation SGB



Rebekka Wyler, Co-Generalsekretärin SP Schweiz

SP und Gewerkschaften haben gemeinsame Wurzeln in der Arbeiter:innenbewegung des 19. Jahrhunderts. Gewerkschaftliche Bestrebungen zur Verbesserung von Löhnen und Arbeitsbedingungen sowie politische Anstrengungen für das allgemeine Wahlrecht und die Gleichberechtigung der Frau gingen Hand in Hand, zusammengefasst in lokalen «Arbeiterunions». Später gingen SP und Gewerkschaften eigene Wege, sind aber bis heute enge Verbündete für mehr soziale Gerechtigkeit und Gleichberechtigung.

Was haben die Gewerkschaften den Lohnabhängigen in der Schweiz konkret gebracht? Dieser Artikel fasst die Ergebnisse der aktuellen Forschung zusammen: Untersuchungen zeigen, dass Gewerkschaften einen wirksamen Gegenpol zu marktmächtigen Arbeitgeber:innen bilden.

Denn die Angestellten sind aus verschiedenen Gründen von ihren Arbeitgebern abhängig. Sie können meist nicht sofort ihre Stelle wechseln, da eine Kündigung und die Suche nach einer neuen Stelle riskant sind. Frauen, die einen Grossteil der Care-Arbeit stemmen, sind auf planbare Arbeitszeiten angewiesen. Auch lassen sich im Betrieb erworbene Qualifikationen nicht einfach auf andere Arbeitsstellen übertragen. Der Kampf für faire Löhne ist deshalb immer noch aktuell – und über die gewerkschaftliche Organisation können fortschrittlichere Arbeitsbedingungen ausgehandelt werden.

Tiefe und mittlere Einkommen profitieren am meisten von GAV

Beschäftigte mit tiefen und mittleren Einkommen profitieren am meisten von einem hohen Organisationsgrad und starken Gewerkschaften. So wird der Anteil der Arbeitseinkommen am gemeinsam erarbeiteten Wohlstand erhöht, und der Kapital-An-

teil wird gesenkt – eine Forderung, die auch die SP seit ihrer Gründung vertritt.

Das wichtigste Instrument der Gewerkschaft ist der Gesamtarbeitsvertrag (GAV), der Löhne und Arbeitsbedingungen in einem Betrieb oder in einer Branche regelt. GAV können über die Allgemeinverbindlichkeitserklärung (AVE) auf weitere Arbeitnehmende ausgeweitet werden: Wenn genügend Betriebe dem GAV zustimmen, dann können sämtliche Firmen in einer Branche den Bestimmungen dieses GAV unterstellt werden.

Weniger Dumping-Löhne

Die AVE ist eine wichtige Errungenschaft, die SP und Gewerkschaften im Rahmen der Flankierenden Massnahmen zu den bilateralen Verträgen mit der EU erkämpft haben, um Arbeitnehmende in der Schweiz vor Dumping zu schützen. Davon profitieren besonders Migrant:innen, die früher wegen fehlendem Schutz schamlos ausgebeutet wurden.

GAV verbessern die Arbeitsbedingungen der Unterstellten, den Gesundheitsschutz und die Arbeitssicherheit im Betrieb. Und eine Studie der OECD von 2019 zeigt, dass GAV keineswegs zu höherer Arbeitslosigkeit führen, wie das wirtschaftsnahe Ökonom:innen über Jahrzehnte gepredigt haben. Die neuste Forschung belegt das Gegenteil: Es werden mehr Leute beschäftigt, und es profitieren insbesondere Junge, Frauen und weniger Qualifizierte.

Mehr Informationen zum Thema finden sich im SGB-Dossier:

→ sp-ps.ch/sgb-gav-dossier

WIE HÄLT ES DIE SP SELBST?

Auch die SP Schweiz verfügt über einen GAV. Die Neuverhandlungen mit der Gewerkschaft VPOD-NGO wurden letztes Jahr abgeschlossen und sichern unseren Angestellten beispielsweise einen guten Mutter- und Vaterschaftsurlaub sowie faire Löhne und Mitbestimmung im Betrieb. Auch die Kantonalparteien können sich dem GAV anschliessen.



Politische Teilhabe als Grundlage

Jasmin Rechsteiner im Bundeshaus.

Ende März tagte unter der Bundeshauskuppel erstmals die Behindertensession. 44 Parlamentarier:innen mit Behinderungen debattierten im Nationalratssaal über zentrale Forderungen der Behindertenorganisationen. Was bleibt? Wir haben bei SP-Mitglied Jasmin Rechsteiner* nachgefragt.

Du hast an der Behindertensession als Abgeordnete teilgenommen. Wie lautet dein Fazit?

Jasmin Rechsteiner: Für mich war es eine sehr intensive Erfahrung. Unsere wichtigste Forderung war und ist die Verbesserung der politischen Teilhabe. Wenn genug Menschen mit einer Beeinträchtigung unsere Anliegen im Parlament vertreten, können wir uns selbst für unsere Rechte einsetzen. Es braucht jedoch mehr Assistenzleistungen. Sonst werden Menschen politisch und gesellschaftlich diskriminiert.

Im Kanton Genf dürfen auch Menschen mit einer umfassenden Beistandschaft abstimmen.

Wer abstimmen möchte, soll das doch tun dürfen. Das Stimm- und Wahlrecht für Menschen mit einer Beeinträchtigung war an der Behindertensession ein grosses Thema. Das Argument, wonach Stimmbürger:innen mit einer Beeinträchtigung von Dritten beeinflusst würden, zählt nicht. Alle werden beeinflusst, sei es von der Gesellschaft, von der Familie oder vom persönlichen Umfeld. Entsprechende Projekte sind in mehreren Kantonen hängig.

Was gab darüber hinaus an der Session zu reden?

Jeder Mensch sollte selbst bestimmen dürfen, wie und wo er leben möchte. Das sind zentrale Forderungen, die für alle Menschen ohne Beeinträchtigung selbstverständlich sind – während es für Menschen mit Behinderungen schon schwer ist, mit dem öffentlichen Verkehr von A nach B zu kommen oder in ein öffentliches Gebäude zu gelangen.

Wie geht es weiter?

Wichtig ist, dass die Themen der Behindertensession im Gespräch bleiben. Ende April haben wir die Inklusions-Initiative für eine inklusive Schweiz lanciert und im Mai die Petition für eine vollständige politische Teilhabe eingereicht. Nun erwarten wir, dass Politiker:innen die Themen aufnehmen und umsetzen.

Mehrere SP-Mitglieder mit Behinderungen kandidieren im Herbst für den Nationalrat. Trittst du auch an?

Noch nicht – die Listen sind voll – aber wer weiss, was die Zukunft bringt. Ich kann mir vorstellen, nächstes Jahr für die Berner Stadtratswahlen zu kandidieren. Die SP muss etwas tun. Das Thema Inklusion ist aktuell. Wir müssen mehr als drei bis vier Leute aufstellen. Aber dafür benötigt man Unterstützung – und irgendwo muss man beginnen.

INKLUSIONS- INITIATIVE: JETZT UNTERSCHREIBEN!

Die Schweiz hat sich mit dem Beitritt zur UNO-Behindertenrechtskonvention dazu verpflichtet, Menschen mit Behinderungen vor Diskriminierung zu schützen. Doch die 1,8 Millionen Menschen mit Behinderungen, die in der Schweiz leben, können häufig nicht selbstbestimmt am gesellschaftlichen und politischen Leben teilhaben oder selbst bestimmen, wie und wo sie leben wollen. Es fehlt an Assistenzleistungen. Zur Stärkung und Durchsetzung ihrer Rechte lancierten Behindertenorganisationen Ende April die Inklusions-Initiative. Die SP unterstützt die Initiative.

Hier geht es zu weiteren Informationen und zur Unterschrift:
sp-ps.ch/inklusions-initiative.

* Zur Person

Jasmin Rechsteiner arbeitet als Sozialarbeiterin im Asylwesen, ist Konzertgängerin, kreativ und engagiert in verschiedenen sozialen Projekten. Sie lebt mit einer Mehrfachverkrümmung der Wirbelsäule. Seit vielen Jahren vertritt sie als Botschafterin die Anliegen von Menschen mit Behinderungen.

In der Hauptrolle: Gemüse!

Isst vegan und ist trotzdem stark: das Nashorn.
V.l.n.r: Fiona Meyer, Phil Künzler, Sally Künzler und Dominik Meyer.

Das «Meyer» und die «Mairübe» setzen auf Lokales. Hier werden weder Nestlé-Produkte noch Fleisch-Ersatz serviert. Gemüse spielt die fantastische Hauptrolle – lokal, saisonal und ausgewogen im Angebot. Pia Wildberger

Am Bundesplatz in Luzern lädt ein ganz besonderes Lokal zum Essen und Trinken ein: Mittags tischt die «Mairübe» vegane Köstlichkeiten auf. Abends lädt die «Meyer Kulturbeiz» - kurz «Meyer» genannt - zum Drink, manchmal spielt eine Band auf, ein:e Autor:in liest aus dem neusten Buch, oder die Gäste schwingen das Tanzbein. Im Meyer legen Gastgeber Fiona und Dominik Meyer Wert auf lokale Drinks aller Art – nahezu alle sind «made in Switzerland» oder stammen gar aus dem eigenen Garten. «Doch die Gäste trinken am liebsten Luzerner Bier oder Einsiedler», wie die beiden SP-Mitglieder verraten.

Nicht nur die strikte Beschränkung auf Einheimisches macht das Lokal besonders nachhaltig. «Wir nutzen den Raum, die Heizung, die Infrastruktur und alles Drumherum für die Mairübe und das Meyer gemeinsam. So geht echte Nachhaltigkeit», sagt Dominik Meyer.

Gewusst wie: ausgewogene vegane Küche

Die Kulturbeiz ist seit neun Jahren in Luzern ein Begriff. Vor zwei Jahren hielt die Mairübe im Kulturlokal Einzug, was der Nachhaltigkeit noch mehr Schub verlieh. Phil Künzler, der in der Mairübe den Kochlöffel schwingt

und die Gaststube zum «Home of vegan soul food» macht, stellt das Gemüse in den Mittelpunkt. «Da steckt vom Feld bis zur Küche viel Arbeit drin. Fantastisches Gemüse verdient die Hauptrolle!», sagt Sally Künzler, die im Betrieb für Nachhaltigkeit und Kommunikation zuständig ist. Von «Root to Leaf» oder von der Wurzel bis zur Blattspitze wird alles verarbeitet, Rüstabfälle oder gar Food Waste durch Überproduktion gibt es nicht.

Koch Phil Künzler, der dank seinen bald 30 Berufsjahren die vegane Küche mit solidem Handwerk, Können und Inspiration aufmischt, findet für alles eine feine Verwendung, sei es in einer Sauce, in einer Suppe oder als essbare Dekoration. Die Menüs stellt er ausgewogen zusammen, und die Portionen sind mittelgross. Wer nicht genug hat, darf einen Nachschlag verlangen. So lässt sich Food Waste vermeiden.

Wertschätzung für lokale Produkte

Phil Künzler schloss vor einigen Jahren Bekanntschaft mit der veganen Küche, als er – nach Stationen in Schweizer Sterne Küchen und einem Halt in der Karibik – in Dublin und in Glasgow arbeitete. Aus diesen Jahren stammen auch die Rezepte mit exotischem Touch, wie etwa die südamerikanische Chimichurri-Sauce. Heute kommt das Bio-Gemüse aus der Nachbargemeinde, und Phil Künzler verarbeitet täglich zu zwei Menüs, was Saison hat. Auch deshalb kann die Links-Redaktion die Mairübe nicht degustieren – die alte Rübensorte lässt derzeit wegen des Regens auf sich warten.

In der nachhaltigen Küche steht für Phil die lokale Produktion im Zentrum. Er kritisiert den Wasser- und Energieverbrauch von Fertigprodukten und tischt darum Fleisch-Ersatz ebenso wenig auf wie Nestlé-Produkte. Der Küche kommt all dies zugute: Die Menüs schmecken himmlisch. «Wenn es fein ist, spielt es weniger eine Rolle, wie gekocht wird», wissen die beiden. «Wir wünschen uns Gäste, die einfach gerne gut essen.»

→ [mairuebe_luzern](https://mairuebe_luzern.com) / [Meyer.kulturbeiz.luzern](https://meyer.kulturbeiz.luzern.com)

DAS MENÜ DER ZUKUNFT

Essen ist politisch. Die Art und Weise, wie wir uns ernähren, ist für rund einen Drittel der Treibhausgas-Emissionen verantwortlich. Für unseren Fleischkonsum wird Regenwald abgeholzt und Soja angebaut, das den Tieren als Kraftfutter verfüttert wird. Ausserdem landet ein Teil der Ernte im Abfall. Am meisten Food-Waste fällt in Privathaushalten an.

Dagegen lässt sich etwas tun. Was sollen wir essen und wie können wir kochen, damit wir unseren CO₂-Ausstoss reduzieren? Renommierete Köchinnen und Köche stellen in dieser Serie eines ihrer nachhaltigen Lieblingsrezepte vor.

Für 4 Personen als Beilage oder 3 Personen als Hauptgang

Zutaten Pastasalat

- 250 g Pro Montagna Bio-Roggen-Maccheroni
- 100 g schwarze Bio-Bohnen (getrocknet, über Nacht eingeweicht)
- 40 g getrocknete Tomaten in Streifen (oder frische Schweizer Tomaten während der Saison)
- 100 g Gurken, in Würfel geschnitten
- 4 Radieschen, in feine Scheiben geschnitten
- 1 Handvoll Schweizer Baumnüsse, geröstet
- 2 Handvoll Mischsalat oder Blattsalat, gewaschen
- 1 Birne, in Schnitze geschnitten
- 4 grosse Kräuterseitlinge, in ca. 0,5 cm dicke Ringe geschnitten

Salatsauce

- 1 EL grober Senf
- 1 dl Rapsöl aus der Region
- 3 EL milder Essig aus der Region
- 3 EL Bouillon oder Teigwarenwasser
- 1 TL eingelegte Zitronen mit etwas Saft oder Saft und Abrieb von einer Bio-Zitrone
- 1 EL Birnendicksaft
- Salz und Pfeffer nach Geschmack

Chimichurri – Verschiedene Gartenkräuter und Gemüseblätter (z. B. Peterli, Basilikum, Oregano, Schnittlauch, Radieschengrün, Karottengrün, Kerbel, Fenchelkraut)

- 1 dl Rapsöl
- 3 EL milder Essig
- 1 TL Paprika gemahlen
- ½ TL Kreuzkümmel
- Getrocknete Chiliflocken nach Belieben
- 1 kleine Knoblauchzehe, fein gehackt
- Salz und Pfeffer nach Belieben

Zubereitung Chimichurri – Kräuter hacken, Knoblauch pressen oder fein schneiden und mit den anderen Zutaten vermischen. Gut verschlossen 3 Wochen im Kühlschrank haltbar.

Salat – Bohnen ohne Salz im Wasser weichkochen, Pasta im Salzwasser al dente kochen, kalt abschrecken. Mit allen anderen Zutaten bis und mit Mischsalat in einer grossen Schüssel mischen.

Geschnittene Kräuterseitlinge und Birnenschnitze auf dem Grill zubereiten oder in wenig Öl in der Grillpfanne anbraten. Alle Zutaten für die Salatsauce gut mischen und abschmecken. Zum Salat geben. Birnenschnitze und Kräuterseitlinge darauf anrichten. Mit Chimichurri toppen.

Zitronen selbst einlegen – 4 Zitronen auf einer Seite kreuzweise einschneiden, gut mit 1–2 EL Salz pro Zitrone einmassieren. Luftdicht verschlossen mit dem Saft von 2 Zitronen im Glas einmachen. Glas wöchentlich drehen und 4–6 Wochen einziehen lassen.



Das Ende des Kapitalismus

Die breite mediale Aufmerksamkeit, die das Buch der Historikerin und Wirtschaftsjournalistin Ulrike Herrmann in den letzten Monaten erregt hat, dürfte neben seinem provokativen Titel auch einer Themenkonjunktur geschuldet sein. Seit der Finanzkrise von 2008 sind zahlreiche Bücher erschienen, die sich mit Wachstumskritik, der Geschichte der Nachhaltigkeit oder einer (erst im Entstehen begriffenen) Postwachstumsgesellschaft befassen. Klimaschutz ist für Herrmann nur möglich, wenn wir den Kapitalismus abschaffen. Durch den im System angelegten Wachstumszwang sei der Kapitalismus auf «ständige Expansion» angewiesen. In einer endlichen Welt kann man aber nicht «unendlich wachsen».

Der Aufstieg des Kapitals

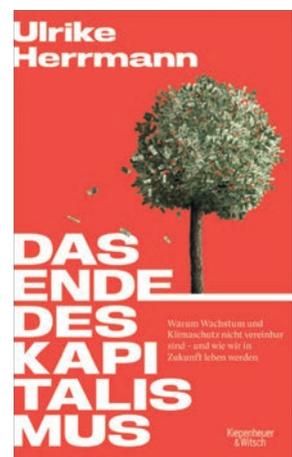
In einem ersten, historisch ausgerichteten Teil beschreibt Herrmann unter dem Titel «Der Aufstieg des Kapitals» die Entstehung einer auf Wachstum basierenden Industrie-, Konsum- und Überflusgesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Interessant sind hier insbesondere ihre Ausführungen zur Bedeutung von fossiler Energie für die wirtschaftliche Entwicklung. Gemäss Herrmann verbraucht Europa inzwischen «mehr als 20-mal so viel Energie, wie Wälder bereitstellen könnten, wenn sie den ganzen Kontinent einnehmen würden». Wie tiefgreifend unsere Abhängigkeit von zahllosen «Energiesklaven» inzwischen ist, zeigt sich auch eindrucksvoll an unserer aktuellen Angst vor Engpässen in der Energieversorgung.

Im zweiten Teil des Buches folgt unter dem Titel «Grünes Wachstum gibt es nicht» eine harsche Kritik an der auch von der EU mit dem «European Green Deal» angestrebten «Entkoppelung» von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch. Weil die Sonnen- und Windenergie nur unzuverlässig zur Verfügung stehen und der Aufbau von Speicherkapazitäten für die Überbrückung sogenannter «Dunkelflauten» ressourcenintensiv sei, werde die Energiewende nicht billig, sondern teuer werden. «Grünes Wachstum» ist für Herrmann eine Illusion.

Davon ausgehend, dass technische Lösungen für die Überwindung der Klimakrise zu viel Zeit brauchen und zu teuer sind, fordert Herrmann einen geordneten – beziehungsweise staatlich verordneten – Rückbau der Wirtschaft nach dem Vorbild der britischen Kriegswirtschaft im Zweiten Weltkrieg. Ausgeführt wird dieser Vorschlag im abschliessenden dritten Teil des Buches unter dem Titel «Das Ende des Kapitalismus» aber nur sehr knapp; und er klammert wichtige Aspekte aus. Herrmann betont zwar, dass es Opfer kosten werde, eine ökologische Kreislaufwirtschaft aufzubauen. Wie die staatlichen Eingriffe – anstelle der bisher stark marktorientierten Lösungen – umgesetzt werden sollen, bleibt aber weitgehend offen. Die harten Verteilungskämpfe, die in einer schrumpfenden Wirtschaft am Horizont auszumachen sind, werden kaum thematisiert (oder romantisiert).

Letztlich steht und fällt die Argumentation von Herrmann mit ihrer richtigen oder falschen Einschätzung der technologischen Entwicklung und der von Technikoptimisten seit Jahrzehnten versprochenen «Effizienzrevolution». Wer recht behält, wird die Zukunft zeigen. Sicher hingegen ist: Wer heute vom Klima spricht, darf vom Wachstum nicht schweigen!

Roman Rossfeld



Das Ende des Kapitalismus. Warum Wachstum und Klimaschutz nicht vereinbar sind – und wie wir in Zukunft leben werden, von Ulrike Herrmann.



Fragen an **Denise Meyer**

35, Solothurn

Warum bist du der SP beigetreten?

Soziale Themen und Umweltschutz beschäftigen mich seit jeher und wurden bereits am Familientisch diskutiert, denn meine Mutter war alleinerziehend. Derzeit unterrichte ich an der Berufsschule. Zudem bin ich diplomierte Pflegefachfrau und habe mitbekommen, wie die SP die Pflegeinitiative unterstützt hat.

Was gab den Ausschlag?

Einige Freunde waren bereits SP-Mitglieder und haben mich gefragt, ob ich nicht beitreten wolle. Seit kurzem bin ich auch im Vorstand der SP der Stadt Solothurn. Das gefällt mir. Die Leute sind cool, und ich lerne viel Neues.

Was fällt dir als Neumitglied besonders auf?

Es gefällt mir, dass abweichende Meinungen Platz haben. In Religionsfragen bin ich eher kritisch und nicht immer derselben Meinung wie die SP. Ich finde es aber toll, dass dies stets diskutiert wird. Es hilft mir, meine persönliche Meinung zu überdenken oder zu festigen.

Gehst du an den feministischen Streik?

Unbedingt! Die SP hat da zwar viel erreicht, aber es dauert alles immer sehr lange – und wir sind noch längst nicht am Ziel! Es braucht eine Frauenquote, auch wenn wir die Gleichstellung nur gemeinsam mit den Männern erreichen können. Öffentliche Ämter und Jobs sollten personell ein Abbild der Bevölkerung sein. Interessant wäre auch ein Gender-Budgeting, das aufzeigt, wie das Geld mit Bezug auf die Geschlechter in der Schweiz ausgegeben wird.

Du bist wie viele andere aus dem Beruf der Pflegefachfrau ausgestiegen ...

... und gehe zurück. Ab diesen Sommer arbeite ich wieder im Spital und absolviere das zweijährige Nachdiplomstudium zur Notfall-Expertin. Aber vorher mache ich noch Ferien. Was und wo, entscheide ich spontan. Auf jeden Fall gehe ich ans Gurten-Festival.

Aufgezeichnet von Pia Wildberger

NATUR IM MITTELPUNKT



Es gibt sie, die guten Nachrichten zum Natur- und Umweltschutz: Zu finden sind sie viermal jährlich im «Naturfreund», dem Magazin der Naturfreunde Schweiz. Das Heft stellt neue Ideen und Projekte für den Umwelt- und Klimaschutz vor und porträtiert Menschen, die sich für deren Umsetzung engagieren. Daneben berichtet der «Naturfreund» über fairen, nachhaltigen Tourismus und hoffnungsvolle Entwicklungen in der Natur- und Umweltpolitik.

In der aktuellen Ausgabe werden zwei unkonventionelle Bauernbetriebe porträtiert: der Permakultur-Auenhof bei Feldbach und der Lebenshof Aurelio, auf dem Tiere nicht als Nutztiere gehalten werden, sondern als vollwertige Lebewesen ihren Lebensabend verbringen dürfen. Berichtet wird ausserdem über eine mehrtägige Wanderung im Südtessiner Valle di Muggio, über die Geschichte der Frauen bei den Naturfreunden und vieles mehr.

Hat dich die kurze Vorschau «gluschtig» gemacht? Mit dem Gutscheincode «links» bekommst du das Jahresabonnement des «Naturfreund» einmalig für 20 Franken (anstatt 30).

Christine Schnapp



Hier geht's zum Abonnement
→ [naturfreunde.ch/produkt/
abonnement-naturfreund/](https://naturfreunde.ch/produkt/abonnement-naturfreund/)

Die Naturfreunde sind 1895 in Österreich aus der Arbeiterbewegung entstanden. Sie wollten den Arbeiter:innen die Möglichkeit geben, ihre Freizeit sinnvoll zu gestalten, die Gesundheit zu stärken sowie sich weiterzubilden. Frauen haben bei den Naturfreunden von Beginn weg eine grosse Rolle gespielt und stellen bis heute die Mehrheit der Mitglieder. Die Naturfreunde Schweiz verstehen sich heute als politisch unabhängige Organisation, die sich für den Schutz der Natur sowie für Toleranz und demokratische Werte einsetzt. Angebote wie Wanderungen, Skitouren und gesellige Anlässe in den Sektionen stehen allen offen. Eine Mitgliedschaft bei den Naturfreunden und der Aufenthalt in einem der über 60 Naturfreundehäuser ist auch für Menschen mit schmalen Budget möglich.

MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

Webinar – Teilnahme kostenlos

Direkt aus dem Bundeshaus: Pierre-Yves Maillard berichtet aus der Session

5.1.2303, online
15. Juni 2023, 19–20.30 Uhr
Dieses Webinar ist für politisch Interessierte. Arbeitszeit und Löhne, Gesundheitsschutz und Gleichstellung, Rentenalter und Pensionskasse: Entscheide des Parlaments haben direkte Auswirkungen auf die Gesamtbevölkerung der Schweiz: auf Arbeitnehmende und Pensionierte, Migrant:innen und Schweizer:innen verschiedener Geschlechter. Pierre-Yves Maillard, SGB- und Movendo-Präsident, berichtet direkt aus dem Nationalratssaal über die laufende Session: Er erklärt gewerkschaftliche Initiativen, gibt Einblick in aktuelle Debatten und zeigt auf, wie Gewerkschaften die Interessen der Arbeitnehmenden unter der Bundeshauskuppel vertreten. Das Webinar ist gratis und wird simultan auf Deutsch und Französisch übersetzt.

Faire Personalbeurteilung

D1.7.2314
23.–24. August 2023, Sigriswil
Faire Personalbeurteilungssysteme: Welches sind die Kriterien und wie kann die Personalvertretung Einfluss nehmen? Der Kurs vermittelt Grundwissen über Mitarbeitenden- und Qualifikationsgespräche, Arbeitszeugnisse sowie Persönlichkeits- und Datenschutz. Im Kurs wird aufgezeigt, welche Mitgestaltungsmöglichkeiten die Personalvertretung hat.

Führungsaufgabe Gesundheit

D2.2.2308
23.–24. August 2023, Murten
Führungspersonen tragen grosse Verantwortung für die Gesundheit ihrer Mitarbeitenden, aber auch für ihre eigene Gesundheit. Übermässiger Leistungsdruck kann krank machen. Wir lernen, die eigene Führungsarbeit zu optimieren und die Gesundheit von Mitarbeitenden und Vorgesetzten zu schützen und zu fördern.

Sexualisierte Gewalt am Arbeitsplatz – wie erkennen und handeln?

D1.7.2317
11.–12. September 2023, Sigriswil
Die Dunkelziffer von sexueller Gewalt am Arbeitsplatz ist hoch. Betroffene sagen oft nichts. Wie erkennen wir sexuelle Gewalt am Arbeitsplatz und wo beginnt sie? Was können wir als Mitglied einer Personalvertretung, als Vertrauensperson oder Gewerkschaftssekretär:in tun? Der Kurs befasst sich mit all diesen Fragen und mit den rechtlichen Grundlagen.

Digitale Überwachung am Arbeitsplatz

D1.7.2312
13. September 2023, Olten
Wie weit darf die Überwachung am Arbeitsplatz gehen? Dürfen Unternehmen den Mailverkehr, das Surfverhalten oder die Produktivität von Mitarbeitenden erfassen und auswerten oder ein GPS im Lieferwagen installieren? Was ist verboten? Der Kurs zeigt auf, wie sich Personalvertretungen und Gewerkschaften gegen Überwachung im Betrieb, unterwegs oder zu Hause wehren können.

AGENDA 2023

3. JUNI 2023
Mitgliederkonferenz SP60+, Bern

6. JUNI 2023
Energiesammtisch SP Frauen, Bern

7. JUNI 2023
Webinar: Mitglieder betreuen und einbinden

13. JUNI 2023
Spender:innen-Anlass der Gruppe 2023

14. JUNI 2023
Feministischer Streik – in der ganzen Schweiz

19. JUNI 2023
DV SP60+, Bern

19. JUNI 2023
Webinar: Der Spanische Bürgerkrieg und die Schweiz

20. JUNI 2023
Webinar mit Prof. Marc Chesney: Bankenkrise – von Lehman Brothers zu Credit Suisse

24. JUNI 2023
Delegiertenkonferenz SP Migrant:innen, Bern

26. AUGUST 2023
Parteitag, Biel

Aktuelle Infos unter
www.spschweiz.ch/agenda

Die Anmeldung erfolgt online www.movendo.ch, per Mail info@movendo.ch oder per Telefon 031 370 00 70.



Faktenleugner:innen und die Demokratie

Ausgehend von Ken Jebsens berühmtem Fall und dem preisgekrönten Podcast «Cui Bono: WTF happened to Ken Jebsen?» fragen wir nach den Zusammenhängen zwischen zunehmend umstrittenen Fakten, dem Einfluss der sozialen Medien und dem Erfolg von Verschwörungsideologien. Das Publikum diskutiert mit

Tobias Bauckhage (Mitproduzent des Podcasts) und Marko Kovic (Publizist). Moderation: Monika Waldis (FHNW)
Mittwoch, 23. Mai, 19 Uhr, Lesesaal, Kantonsbibliothek Liestal

Globalisierte Wirtschaft – globalisierte Demokratie

Ist die Macht globaler Konzerne auch Ausdruck eines Demokratiedefizits? Nach einem Inputreferat von Christopher Patz (European Coalition for Corporate Justice) diskutieren auf dem Podium Franziska Korn (Friedrich-Ebert-Stiftung), Seraina Patzen (Grüne/konzernverantwortung.ch) und eine Vertretung aus dem globalen Süden (tbc) über mögliche Wege, die Demokratie auf globaler Ebene zu stärken. Moderation: Renato Beck (WOZ)

Mittwoch, 21. Juni 2023, 18.30 Uhr, kHaus Basel

Stadtrundgang «ZH Kolonial» über die kolonialen Verwicklungen Zürichs

- Rundgang mit dem Fokus «Wirtschaftliche Ausbeutung und Kolonialismus»: Samstag, 17. Juni, 14 Uhr
 - Rundgang mit dem Fokus «Wissenschaft, Kultur und Kolonialismus»: Samstag, 10. Juni, 14 Uhr
- Anmeldung und Informationen unter: www.anny-klawa-morf.ch/zh-kolonial

Onlinereihe mit dem Denknetz «Sozialismus für das 21. Jahrhundert?»

- 24. Mai 2023, 19.30–21 Uhr
Mit Klaus Dörre (Universität

Jena, Autor von «Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution») spricht Sarah Schilliger (Universität Bern).

- 31. Mai 2023, 19.30–21 Uhr
Mit Raul Zelik (Berlin, «Wir Untoten des Kapitals. Über politische Monster und einen grünen Sozialismus») spricht Cédric Wermuth (SP Schweiz).
- 8. Juni 2023, 19.30–21 Uhr
Mit Lisa Herzog (Universität Groningen, Autorin von «Die Rettung der Arbeit. Ein politischer Aufruf») spricht Pascal Zwicky (Denknetz).

Weitere Veranstaltungen sowie Studien, Publikationen und Diskussionspapiere unter
→ anny-klawa-morf.ch

Auf zum feministischen Streik am 14. Juni 2023!

